

Zur Bedeutung der Schriften Sozialreform oder Revolution (1899) und Massenstreik, Partei und Gewerkschaften (1906) von Rosa Luxemburg für die europäischen Diskussionen gestern und heute

Die beiden hier vorliegenden Schriften Rosa Luxemburgs üben bis heute auf die Leser*innen eine eigene Faszination aus. Das liegt letztlich an der unveränderten Aktualität der hier behandelten Probleme sowohl der Auseinandersetzungen zwischen Kapital, Staat und Arbeit, als auch der innerhalb der proletarischen bzw. linken Bewegungen. Letztlich laufen beide Texte auf eine Frage hinaus: Wie muss eine Partei aussehen, die der Dynamik und den damit verbundenen schnell wechselnden Anforderungen des Klassenkampfes gewachsen ist?

Rosa Luxemburg wurde 1871 im von Russland besetzten Teil Polens geboren. Sie entstammt einer jüdischen Kaufmannsfamilie. Da sie in Russisch-Polen keine Möglichkeit hatte zu studieren, ging sie 1889 in die Schweiz und nahm in Zürich ein Studium auf. Hier kam sie in Kontakt mit anderen polnischen Exilant*innen und politischen Aktivist*innen. Schnell wurde sie Teil dieser Szene und schon 1893 war sie an der Gründung einer an der marxistischen Strömung orientierten sozialdemokratischen Partei beteiligt. Die meisten ihrer Schriften aus den 1890er Jahren beschäftigten sich mit Fragen der Entwicklung der Sozialdemokratie in Polen. Im Vordergrund stand dabei unter anderem die Auseinandersetzung mit der Vorstellung, dass die Arbeiter*innklasse durch eine kleine Gruppe von Aktivist*innen zur Revolution geführt werden müsse (Blanquismus). Bereits in dieser Phase stellte sie dieser Position die Forderung entgegen, dass die proletarischen Massen in ihrer Partei die Möglichkeit haben müssten, den Kurs mitzubestimmen und selbst eine aktive und gegenüber der Führung eigenständige Rolle spielen sollten. Die Partei und der tägliche Kampf seien der Ort, an dem die Massen für die Revolution lernen könnten.

Nach Abschluss ihres Studiums ging Rosa Luxemburg im Jahr 1898 nach Deutschland. Sie schloss sich sofort der SPD an, die damals als die wichtigste sozialdemokratische Partei in Europa galt. Bereits auf dem Stuttgarter Parteitag im gleichen Jahr stieg sie in die laufenden Auseinandersetzungen in der Partei um das Verhältnis von Strategie und Taktik und das Verhältnis von parlamentarischem und außerparlamentarischem Kampf ein. Mit noch nicht einmal 30 Jahren betrat sie ein Kampffeld, das von einer Generation von Männern bestimmt wurde, die mehr als 30 Jahre zuvor die Partei mitbegründet oder die noch gemeinsam mit Karl Marx und Friedrich Engels an deren Festigung gearbeitet hatten. Diese Generationen waren geprägt von dem über Jahrzehnte anhaltenden Aufstieg der Sozialdemokratie, der sich in steigenden Mitgliederzahlen, in wachsender parlamentarischer Präsenz und Sozialreformen manifestierte. Gleichzeitig erwies sich der Kapitalismus als überraschend stabil, so dass sich die Frage stellte, ob die marxischen Vorstellungen vom Niedergang dieser Gesellschaft und einer proletarischen Revolution noch zeitgemäß seien. Musste der Marxismus also revidiert werden? War vor diesem Hintergrund eine Überwindung des Kapitalismus allein durch Reformen denkbar? Eine Reihe von führenden Funktionär*innen vertraten diese Auffassungen. Dabei handelte es sich vor allem um Parlamentarier (Frauen besaßen zu diesem Zeitpunkt weder das aktive noch das passive Wahlrecht) und andere Intellektuelle. Ihr wichtigster Vertreter war Eduard Bernstein, der gemeinsam mit Karl Kautsky als Verwalter des Erbes von Marx und Engels betrachtet wurde. Aber jenseits der Theorie und der Interpretation der marxischen Auffassungen hatte die Diskussion auch einen sehr praktischen Hintergrund. In einigen Landtagsfraktionen der SPD hatte sich die Vorstellung verfestigt, dass man soziale Zugeständnisse durch die anderen, d.h. bürgerlichen Fraktionen und die Regierungen dann erlangen könnte, wenn man an anderen Stellen Vorlagen der politischen Gegner oder der Regierung tolerieren würde. Dies zeigte sich vor allem im Verhalten der sozialdemokratischen Fraktionen in den Abstimmungen über den Staatshaushalt. Die Beschlusslage der SPD sah vor, dass die Fraktionen an der Erarbeitung des

Haushaltes teilnehmen und soziale Forderungen einbringen, in keinem Fall aber dem Gesamtbudget zustimmen sollten. Diese Ablehnung sollte vor allem die prinzipielle Opposition der Partei zum kapitalistischen System zum Ausdruck bringen. Sie hatte also vor allem symbolischen Charakter und sollte auf das Ziel sozialdemokratischer Politik, die Überwindung des Kapitalismus und die proletarische Revolution, verweisen. Das erste Mal wurde dieser Grundsatz 1894 unter Georg von Vollmar, einem weiteren führenden Revisionisten, im bayerischen Landtag gebrochen. Ähnliche Tendenzen, die reformerische Politik über das Ziel der Überwindung des Kapitalismus zu stellen, waren auch in anderen Parteien der europäischen Sozialdemokratie zu verzeichnen. Friedrich Engels hatte diese Tendenz bereits in seinen letzten Lebensjahren beobachtet. Namentlich in England, wo Eduard Bernstein im Exil lebte, übten die Fabier in diesem Sinne einen starken Einfluss auf die Arbeiterbewegung aus.

Die Schrift „Sozialreform oder Revolution?“ setzte sich mit dieser Tendenz in der internationalen Sozialdemokratie und ihrem Hauptvertreter Eduard Bernstein auseinander. Gegenstand ihrer Kritik war also ein verdienter Sozialdemokrat, der in der Partei und in der europäischen Sozialdemokratie als wissenschaftliche Autorität galt. Und es war eine Kritik der Parlamentsfraktionen, die in der Öffentlichkeit das Gesicht der Partei prägten und die eine zentrale Rolle bei der Organisation der Parteiarbeit spielten. Die Besonderheiten des preußischen Vereinsrechts zwangen die Partei, sich vor allem über Wahlvereine zu organisieren. Dass eine junge Frau, Polin und Jüdin sich das Recht nahm, in dieser Weise Autoritäten der Partei zu kritisieren, war Ende des 19. Jahrhunderts keinesfalls Normalität. Das ist sicherlich bereits ein Aspekt der Aktualität, ist doch bis heute das Kritisieren von Autoritäten in den linken Bewegungen oft nicht gern gesehen.

Die Besonderheit dieser Schrift bestand und besteht darin, dass organisationspolitische Probleme mit Fragen der gesellschaftspolitischen Strategie und Taktik sowie einer Analyse der ökonomischen Struktur des Kapitalismus am Ende des 19. Jahrhunderts auf das engste verbunden werden. Es ging um revolutionäre Realpolitik, um die Lebensfähigkeit einer revolutionären Partei sowohl in Zeiten der Stabilität als auch in solchen der Revolution. Es ging darum zu zeigen, dass die revolutionäre Sozialdemokratie in der Lage ist, tragfähige Antworten auf neue Herausforderungen sowohl auf ökonomischem als auch auf politischem Feld zu geben, ohne sich auf reformerische Politik zu beschränken. Dabei betrachtete Luxemburg Reform und Revolution als einen einheitlichen Prozess und stellte damit die Frage, wie der Übergang zwischen diesen beiden Phasen eines einheitlichen Prozesses von der revolutionären Sozialdemokratie gestaltet werden könnte.

Bemerkenswert ist eine Aussage, die sie bereits im Vorwort ihres Aufsatzes trifft. Sie unterstreicht, dass die Entgegenstellung von Reform und Revolution keinesfalls durch die revolutionäre Sozialdemokratie vorgenommen wurde bzw. wird. Vielmehr sei es Eduard Bernstein, seien es also die Revisionisten, die diese Entgegenstellung in die politische Diskussion gebracht haben. (369) Das ist für die auf Marx zurückgehende Richtung, für die sie steht, völlig zutreffend. Luxemburg selbst setzte sich seit Beginn ihres politischen Wirkens intensiv mit Konzepten auseinander, die auf eine Unterschätzung der Bedeutung von sozialen Reformen und von sozialen Kämpfen gerichtet waren. Der Kampf gegen blanquistische Tendenzen war für sie vor allen Dingen vor dem Hintergrund der Entwicklung der Sozialdemokratie in Polen und in Russland seit Beginn ihres politischen Wirkens zentral. Die Unterschätzung von Reformpolitik verband sich in dieser Strömung der Arbeiterbewegung mit der Vorstellung, dass die Arbeiterklasse durch eine kleine Gruppe von Revolutionär*innen erweckt, und schließlich zum Aufstand geführt werden müsse. In ihren Auseinandersetzungen mit dieser Auffassung betonte sie, dass das moderne Proletariat im täglichen Kampfe lernt und dabei die Fähigkeit erlangt, selbst politisch aktiv zu werden. Die zentrale Kritik an den Auffassungen Bernsteins formulierte sie bereits im Vorwort: Bernsteins Theorie laufe praktisch auf nichts anderes hinaus, als die soziale Umwälzung, das Endziel der Sozialdemokratie, aufzugeben

und die Sozialreform aus einem Mittel des Klassenkampfes in seinen Zweck zu verwandeln. Sie machte damit deutlich, dass das Problem des Revisionismus nicht die Bejahung von Sozialreformen ist, sondern die Trennung reformorientierter Politik von der Perspektive der Überwindung des Kapitalismus durch die der revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse. Wie diese revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse aussehen würde, ließ sie offen. Der Unterschied zwischen marxistischer und reformistischer Richtung liege also nicht im „Was“, also in den konkreten Tagesforderungen oder in der Forderung nach der Errichtung des Sozialismus, sondern im „Wie“, in der Art und Weise des politischen Handelns.

Die Verkehrung von Ziel und Mittel hatte natürlich nicht nur Konsequenzen für die Theorie, sondern vor allem für die Praxis der politischen Auseinandersetzung, für die aktuellen Aufgabenstellungen im sozialen Kampf, für die Wahl der Formen, in denen gesellschaftliche Auseinandersetzungen geführt werden, für die Rolle des Parteiapparates, der Parlamentsfraktionen und der Parteimitglieder. Tatsächlich wird die Geschichte zeigen, dass die Auffassungen Bernsteins die Grundlage schufen, um die Mitgliedschaft zu entmündigen und den Parteiführungen sowie den Parlamentsfraktionen eine Begründung dafür liefern, sich das Monopol für Entscheidungen über das Handeln der Partei anzueignen. Diese Enteignung der Mitgliedschaft wird die Geschichte sowohl der kommunistischen wie auch der sozialdemokratischen Strömung auf Jahrzehnte charakterisieren.

Das führt uns zum zweiten Gesichtspunkt, den Luxemburg näher untersuchte: die Rolle der sozialdemokratischen Massen und ihr Charakter. Ihr ging es darum, aus dem realen politischen Kampf heraus zu begründen, warum Reform und Revolution eine Einheit bilden müssen. Sie sieht die Ursache dafür vor allen Dingen im erreichten Stand der Entwicklung der Arbeiterklasse. Sie betont schon im Vorwort zu ihrer Broschüre, dass es keine gröbere Beleidigung gegen die Arbeiterschaft geben könne als die Behauptung, dass theoretische Auseinandersetzung lediglich Sache der Akademiker seien. Die ganze Macht der modernen Arbeiterbewegung beruhe auf der theoretischen Erkenntnis. Damit würde eine der Voraussetzungen für das Ineinandergreifen von Reform und Revolution, von politischer Bildung, politischem Lernen, Reformen und militanten Aktionen, von täglichem Kampf und Endziel geschaffen.

Bei ihrer Kritik der Auffassungen Bernsteins stützte sie sich auf eine eigene Analyse des damaligen kapitalistischen Wirtschafts- und politischen Systems. Dabei ist von bleibendem Wert, wie sie die widersprüchlichen Tendenzen erfasste und daraus Schlussfolgerungen für das politische Handeln der Sozialdemokratie zog. Den Beobachtungen Bernsteins über die wachsende Bedeutung von Kartellen, des Kreditsystems, von Aktiengesellschaften oder auch bezüglich der Rolle von mittleren und kleinen Unternehmen neben Großunternehmen stimmte sie zu. Sie zog aber andere Schlussfolgerungen aus den von Bernstein beobachteten Tendenzen. Sie verstand, ausgehend von Marx, diese Prozesse als beständige Lösung und Neusetzung der dieser Produktionsweise eigenen Widersprüche. Dementsprechend kam sie zu ganz anderen Schlussfolgerungen als Bernstein. Selbst die Prozesse, die den Kapitalismus auf kurze Sicht stabilisieren tragen für sie unter dem Gesichtspunkt der dieser Produktionsweise eigenen Gesetzmäßigkeiten den Keim der Entstehung neuer Widersprüche in sich. Daher sei die Vorstellung, Widersprüche ließen sich abstumpfen, unsinnig und die Frage nach dem Endziel der sozialdemokratischen Bewegung, der sozialistischen Revolution, bliebe bestehen. Es geht also um eine flexible Taktik, die unter wechselnden Bedingungen Formen findet, in denen das Ziel der revolutionären Überwindung des Kapitalismus immer präsent ist. Dabei müsse die Bewegung zwischen zwei „Klippen“ manövrieren; die eine sei die Aufgabe des Anspruchs, Massenbewegung zu sein, die Revolution also als Aktion einer kleinen Elite zu betrachten. Die andere sei, im Bestreben, die Massen über die Konzentration auf Sozialreformen an die Partei zu binden und dabei in eine bürgerliche Reformbewegung „umzufallen“.

Die Bedeutung dieser Schrift besteht vor allem darin, dass hier ausgehend vom marxischen Erbe eine Kritik des Revisionismus vorgelegt wird, die nicht nur dessen theoretische und praktische Positionen zum Gegenstand hatte, sondern auch die Hintergründe seiner Entstehung beleuchtete. Es ist eine Kritik, die auch den Gegner ernst nahm und das gemeinsame Anliegen, die Stärkung der Sozialdemokratie, herausstellte. Insoweit ist sie ein Dokument einer hochstehenden Debattenkultur.

Die Reaktionen auf die von Rosa Luxemburg vertretenen Positionen waren scharf. Zwar konnte sie sich der Zustimmung breiter Teile der Parteibasis sicher sein, ein großer werdender Teil der sozialdemokratischen Parlamentsfraktionen und des Partei- und Gewerkschaftsapparates ließen sich davon aber nicht beeindrucken. Luxemburg und andere Kritiker*innen wurden von ihnen als Abenteuerer*innen denunziert. Die Funktionäre nahmen für sich in Anspruch, die eigentlichen Praktiker*innen der Parteiarbeit zu sein, während Leute, wie Rosa Luxemburg nur Theorie betreiben würden. Dieses Muster der Beschimpfung und Herabwürdigung wurde auch in der Massenstreikdebatte wirksam. Obwohl auf den Parteitag die Positionen der Revisionist*innen regelmäßig zurückgewiesen wurden, wuchs mit den Jahren ihr Gewicht in der Partei. Die Massenstreikdebatten 1902, 1906, 1910 und 1913 stehen dabei für grundsätzliche Weichenstellungen hinsichtlich des Charakters der Sozialdemokratie als revolutionäre oder begrenzt-reformistische, systemkonforme politische Kraft.

Die Schrift „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ erschien 1906. Vier Jahre zuvor (1902) war in Belgien ein politischer Generalstreik (Massenstreik hat hier die gleiche Bedeutung) für eine Reform des Wahlrechts gescheitert. Luxemburg hatte diesem Ereignis eine Reihe von Artikeln gewidmet. Sie kritisierte, dass der Generalstreik trotz der Bereitschaft der Arbeiter durch die Führung der Sozialdemokratie Belgiens abgebrochen wurde. Bei ihrer Entscheidung orientierte sich die Parteiführung in Belgien an parlamentarischen Erwägungen. Das Bündnis mit der liberalen Bourgeoisie sollte aufrechterhalten werden. Zu diesem Zeitpunkt untersuchte Luxemburg den Generalstreik als Problem des Wechselspiels zwischen Partei, Gewerkschaft und Parlamentsfraktion sowie der Parlamentstaktik der Sozialdemokratie. Dabei kritisierte sie, dass die belgische Sozialdemokratie das Potenzial des Generalstreiks nicht genutzt habe. Aus der Niederlage der belgischen Arbeiter wurde in Teilen der europäischen Sozialdemokratie die Schlussfolgerung gezogen, dass ein politischer Massenstreik sinnlos sei. Man solle vielmehr auf die ruhige Erziehung und Bildung der Arbeiter setzen. Dahinter stand die von Luxemburg in „Sozialreform oder Revolution?“ kritisierte Vorstellung des Primats der parlamentarischen Arbeit, also die von Eduard Bernstein vertretene Linie.

Die Reaktionen auf ihre Kritik veranlassten sie, weitergehende Überlegungen zur Natur des Massenstreiks anzustellen. Sie lehnte es ab, einen Gegensatz zwischen der politischen Alltagsarbeit und dem Parlamentarismus einerseits und dem Generalstreik andererseits zu konstruieren. Der Generalstreik solle die parlamentarische und sonstige Kleinarbeit keinesfalls ersetzen. Er reihe sich vielmehr in die Kette anderer Agitation und Kampfmittel ein und stelle sogar ein Werkzeug des Parlamentarismus dar. Sie unterstrich, dass aus den belgischen Ereignissen eigentlich keine Schlussfolgerungen gezogen werden könnten, weil der Generalstreik, bevor er tatsächlich Wirkung entfalten konnte, abgebrochen wurde.

Die Auseinandersetzung über die Bewertung der Ereignisse in Belgien verlief dann im Sande, die um die Rolle des Parlamentarismus aber nicht. Tatsächlich zeigt die publizistische Tätigkeit Luxemburgs in den folgenden Jahren, dass dieses Problem in zunehmendem Maße die Handlungsfähigkeit der Sozialdemokratie und die Richtung ihres politischen Wirkens beeinflusste. In den folgenden Jahren war die Frage nach der Funktion des Parlamentes und des Parteiapparates in den sozialen Kämpfen und das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft immer wieder Gegenstand von Artikeln und Reden

Luxemburgs. Im Mai 1905 erreichte die Kontroverse einen neuen Höhepunkt, als der Gewerkschaftskongress in Köln den Massenstreik als Kampfmittel der Arbeiterbewegung ablehnte und sogar die Diskussion zu diesem Thema untersagte. Die Funktionäre befürchteten, dass derartige Aktionen die Regierung dazu provozieren würden, Partei und Gewerkschaften zu verbieten und den politischen Druck auf jegliche Opposition zu verschärfen. Damit erhielt die Massenstreikfrage neue Aktualität. Es zeigte sich, dass das hinter der Massenstreikdebatte stehende Problem, das Verhältnis zwischen Parteiapparat und Gewerkschaftsapparat bzw. zwischen Parteiarbeit und Gewerkschaftsarbeit nicht gelöst war.

Die SPD hielt sich auf ihrem Parteitag in Jena im September 1905 in einer Resolution die Möglichkeit des Aufrufs zum Massenstreik offen. Dies führte zu scharfen Reaktionen der Gewerkschaftsführer. Obwohl die Resolution sehr vorsichtig gehalten war und der Massenstreik als letztes Mittel des Kampfes betrachtet wurde, stieß allein die Diskussion dieses Themas auf deren erbitterten Widerstand. Im September 1906, auf dem Parteitag in Mannheim sprach Luxemburg zum Thema Massenstreik. Auf diesem Parteitag kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen der Partei und der Gewerkschaftsführung in dieser Frage.

Inzwischen hatte aber die russische Revolution von 1905 neues Material zu dieser Frage geliefert. Seit Beginn der Revolution beobachtete Luxemburg die Ereignisse in Russland. Auf der Grundlage dieser Analysen sah sie sich darin bestätigt, dass der politische Massenstreik ein legitimes Moment des ökonomischen und politischen Kampfes der Arbeiterbewegung sein muss. Die neuen Erfahrungen, die sich in den Aktionen der russischen Arbeiterbewegung zeigten, veranlassten sie gleichzeitig, ihre Positionen weiterzuentwickeln. Nun betonte sie, dass der Massenstreik jenseits der Durchsetzung bestimmter Forderungen vor allem auch ein Hervortreten des Proletariats als soziale Klasse aus der bürgerlichen Gesellschaft sei. Die Massen würden in diesen Kämpfen nicht einfach lernen, sondern sich auch verändern. Auch wenn es viele Opfer kosten würde, müsste durch beständige massenhafte friedliche Demonstrationen eine Situation geschaffen werden, in der sich die Truppen, die die Regierung gegen die Massenbewegung einsetzt, überzeugt werden können, sich den Protesten anzuschließen. Das wird sich im Februar 1917 wiederum in Russland bestätigen.

Die im September 1906 erschienene Schrift „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ fasste ihr bis dahin in einzelnen Beiträgen entwickeltes Konzept zusammen. Folgte sie in ihren früheren Beiträgen weitgehend der Vorstellung, dass der politische Massenstreik als einmalige außerordentliche Aktion zu betrachten sei, sah sie ihn nun als einen lang andauernden Prozess, der verschiedene ökonomische und politische Kämpfe miteinander verbindet. Versuche, ökonomische und politische Kämpfe voneinander zu trennen, begrenzten letztlich die Erfolgchancen auf beiden Gebieten. Deutlicher als in früheren Schriften beschäftigte sich Luxemburg auch mit der Rolle der nicht organisierten Arbeiter*innenschaft. Die Vielfalt der Kämpfe betrachtete sie nun als Schlüssel für die Einbeziehung dieser breiten Schicht. Der Massenstreik ist also für Luxemburg sowohl Mittel als auch Ergebnis der organisatorischen Arbeit von Partei und Gewerkschaften. Luxemburg erkannte, dass ökonomische Kämpfe zwangsläufig in politische und politische Auseinandersetzungen zwangsläufig in ökonomische umschlagen müssen. Diese Dynamik verschiedener Formen der Auseinandersetzung, ihre Überlagerung und gegenseitige Bedingtheit, bestätigten ihrer These, dass der Generalstreik bzw. der Massenstreik nicht einfach angeordnet und nicht einfach abgebrochen werden kann. Die Führungen von Partei und Gewerkschaft stehen nicht über dem Geschehen und können die Arbeitermassen dirigieren, sie müssen sich als Teil dieser Dialektik verstehen und verhalten. Sie sieht sich in ihrer Position bestätigt, dass die Führungen von Partei und Gewerkschaften in engster Fühlung mit der Mitgliedschaft sein müssen, wenn sie ihrer Verantwortung als organisatorisches Zentrum der Bewegung gerecht werden wollen.

Aus der Sicht des 21. Jahrhunderts mag diese Erkenntnis banal erscheinen, für das Jahr 1906 und angesichts der Diskussionen, die in der Sozialdemokratie und in den Gewerkschaften über die Risiken des Massenstreiks geführt wurden, stand dahinter eine grundsätzlich gewandelte Sicht auf die Kämpfe der Arbeiterbewegung. Für die meisten Funktionäre in der Führungsschicht galt ein nacheinander: erst müsse man möglichst alle Proletarier*innen in den Reihen von Partei und Gewerkschaft zusammenschließen, dann wäre eine revolutionäre Aktion denkbar. Dieser Vorstellung entsprach die Überbetonung der parlamentarischen Arbeit und der Sozialreformen, die Rosa Luxemburg in „Sozialreform oder Revolution?“ kritisiert hatte.

Darüber hinaus verdient noch ein Aspekt Beachtung, der sich auf eine andere Linie ihres Wirkens bezieht, auf den hier aber nur verwiesen sei. Die Betonung der aktiven Rolle der Mitgliedschaft und der Nutzung reformerischer Errungenschaften der bürgerlichen Epoche finden sich auch in ihren Kritiken der Parteauffassung der Bolschewiki und der Ergebnisse der russischen Revolutionen 1917 sowie in ihren Überlegungen zum Charakter einer künftigen Gesellschaft. Wir haben es also bei den in den beiden hier vorliegenden Aufsätzen entwickelten Positionen mit wichtigen Konstanten, Ecksteinen ihres Schaffens zu tun, weit über die Anlässe der Schriften hinaus.

Letztendlich konnte sich Luxemburg mit ihren Vorstellungen nicht durchsetzen. Sie hatte gehofft, dass die „einfachen Parteimitglieder“ aus ihren Erfahrungen im täglichen Klassenkampf heraus und auf der Grundlage theoretischer Schulung den revisionistischen Tendenzen eine Absage erteilen würden. Auch wenn sie nach 1906 als Propagandistin, Autorin, Lehrerin an der Parteischule und Parteitagsrednerin viel Zustimmung fand, geriet sie in der Partei gemeinsam mit ihren Mitstreiter*innen immer mehr in eine Minderheitenposition. Dies wurde in einer Kontroverse deutlich, die sich 1910 zwischen Rosa Luxemburg und Karl Kautsky entspann. Anlass war wieder der Kampf um das Wahlrecht in Preußen. Hier erwies sich, wie eng die Probleme, die in den beiden hier abgedruckten Beiträgen behandelt werden, zusammenhingen. In der Massenstreikfrage bündelten sich nun alle Widersprüche innerhalb der Sozialdemokratie. Ausgehend von ihren in „Massenstreik, Partei und Gewerkschaften“ entwickelten Positionen wies sie in den Beiträgen von 1910 nach, dass angesichts der Bedeutung der Wahlrechtskämpfe und der Kampfbereitschaft der Massen Kampfaktionen, die über die üblichen Demonstrationen hinausgehen, auch in Deutschland möglich und notwendig seien. Die Reaktionen von Karl Kautsky und Eduard Bernstein waren vernichtend. Es zeigte sich, dass sich zwischen der von Luxemburg und anderen vertretenen Linie einer radikalen Realpolitik und der von Bernstein und nun auch Kautsky bevorzugten, nahezu bedingungslosen Beschränkung auf risikoarme und vor allem primär parlamentarische Kämpfe ein kaum mehr zu schließender Abgrund aufgetan hatte. Was als Diskussion über taktische Fragen und die Zweckmäßigkeit der unterschiedlichen Kampfformen begann, endet mit einem prinzipiellen Bruch. Zwar kommt es dann im Jahr 1913 noch einmal zum Aufleben der Debatte, die aber folgenlos bleibt.

Nach der Zustimmung der Reichstagsfraktion und der Partei- und Gewerkschaftsführungen zu den Kriegskrediten und zum Krieg Mitte 1914 waren Luxemburg und die anderen Anhänger*innen der revolutionären Richtung völlig isoliert. Freilich hatte sie mit ihrer Arbeit auch den Boden dafür bereitet, dass sich die Opposition zur Kriegspolitik der Parteiführung langsam wieder sammeln konnte. Auch wenn die Novemberrevolution in Deutschland den bürgerlichen Horizont nicht überschreiten konnte, ist sie auch das Ergebnis der Auseinandersetzungen um die aktive Rolle des Proletariats, wie sie von Luxemburg vehement geführt wurden. In den Kämpfen um die Verteidigung der deutschen Republik wurde der Massenstreik zu einer entscheidenden Waffe, die die politischen und wirtschaftlichen Zugeständnisse, die die Herrschenden nach der Revolution machen mussten, wenigstens sichern konnte.

Die Problembeschreibung und die von Luxemburg skizzierten Lösungsansätze haben auch im 21. Jahrhundert ihre Gültigkeit bewahrt. Der Niedergang der Gewerkschaftsbewegung in Europa sowie der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien, die in der Tradition der Arbeiterbewegung Anfang des 20. Jahrhunderts standen, bestätigen viele der Aussagen Rosa Luxemburgs. In den beiden hier vorliegenden Schriften betont Luxemburg immer das Widersprüchliche und Langfristige des Kampfes um eine nachkapitalistische, sozialistische Gesellschaft. Das Scheitern des europäischen Realsozialismus, die Aufgabe revolutionärer Perspektiven in der europäischen Sozialdemokratie, das Scheitern des Eurokommunismus und der Zerfall der meisten kommunistischen Parteien in Europa zeigen die Konsequenzen, wenn man diese Merkmale revolutionärer Bewegungen nicht akzeptiert. Dieses Scheitern kann auch als Ausdruck dessen gelesen werden, dass die linken Bewegungen die Widersprüchlichkeit ihres eigenen Seins nicht beherrscht haben. In Deutschland war der Bezug auf Rosa Luxemburg einer der Ausgangspunkte für die Umgestaltung der früheren bolschewistisch-kommunistischen SED in die Partei des demokratischen Sozialismus (PDS) in den 1990er Jahren. Die Reform der Partei war darauf gerichtet, den Mitgliedern die Kontrolle über die Entwicklung ihrer Organisation zu geben. Nur dadurch konnte diese überleben. Allerdings gelang es nicht, die von Luxemburg beschriebenen Probleme nachhaltig zu lösen. Auch in dieser Partei begann wieder das Parlamentarische zu dominieren. Mit der Veränderung der Produktionsweise und der Sozialstruktur hat sich zudem das, was Luxemburg als „proletarische Masse“ betrachtete, verändert. Die linken Parteien in Europa stehen so vor der Herausforderung, bei Rosa Luxemburg aufs Neue das Analysieren ihrer eigenen Stellung in den Klassenkämpfen zu lernen, die Art, wie sie Politik machen, kritisch zu beleuchten und ihre eigenen Strukturen dahingehend zu prüfen, ob sie den Anforderungen der Zeit gewachsen sind. In Europa scheint ein politischer Massenstreik in den Formen des frühen 20. Jahrhunderts im Moment zwar unwahrscheinlich – aber das sagt gar nichts. Neue soziale Kämpfe mit neuen Akteuren und in neuen Formen können jederzeit in eine Situation führen, in der die Überlegungen Luxemburgs wieder unmittelbar praktische Bedeutung erhalten.

Auswahl von Aufsätzen Rosa Luxemburgs zu den hier behandelten Themen, auf die im Text Bezug genommen wird

Luxemburg, Rosa (1897). Der Sozialismus in Polen, in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Band 1 1893 bis 1905 Erster Halbband, Berlin: Dietz Verlag, 82–93

Luxemburg, Rosa (1899). Sozialreform oder Revolution?, in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Band 1 1893 bis 1905 Erster Halbband, Berlin: Dietz Verlag, 367–466

Luxemburg, Rosa (1901). Die sozialistische Krise in Frankreich, in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Band 1 1893 bis 1905 Zweiter Halbband, Berlin: Dietz Verlag, 5–73 (engl. <https://www.marxists.org/archive/luxemburg/1901/socialist-crisis-france/index.htm>)

Luxemburg, Rosa (1901). Das belgische Experiment, in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Band 1 1893 bis 1905 Zweiter Halbband, Berlin: Dietz Verlag, 212–219

Luxemburg, Rosa (1901). Und zum dritten Male das belgische Experiment, in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Band 1 1893 bis 1905 Zweiter Halbband, Berlin: Dietz Verlag, 229–248

Luxemburg, Rosa (1904). Geknickte Hoffnungen, in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Band 1 1893 bis 1905 Zweiter Halbband, Berlin: Dietz Verlag, 394–402

Luxemburg, Rosa (1906). Blanquismus und Sozialdemokratie, in: Politt, Holger (Hrsg.): Rosa Luxemburg: Arbeiterrevolution 1905/06. Polnische Texte, Berlin: Karl Dietz Verlag, 214–219 (engl. <https://www.marxists.org/archive/luxemburg/1906/06/blanquism.html>)

Luxemburg, Rosa (1906). Massenstreik, Partei und Gewerkschaften, in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Bd. 2 1906 bis Juni 1911, Berlin: Dietz Verlag, 91–170

Luxemburg, Rosa (1910). Was weiter?, in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Band 2 1906 bis Juni 1911, Berlin: Dietz Verlag, 289–299

Luxemburg, Rosa (1910). Ermattung oder Kampf?, in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Band 2 1906 bis Juni 1911, Berlin: Dietz Verlag, 344–377

Luxemburg, Rosa (1910). Die Theorie und die Praxis, in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Band 2 1906-1911, Berlin: Dietz Verlag, 378–420 (engl. <https://www.marxists.org/archive/luxemburg/1910/theory-practice/index.htm>)

Luxemburg, Rosa (1910). Begründung des Antrages zum politischen Massenstreik, in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Band 2 1906-1911, Berlin: Dietz Verlag, 456–462

Luxemburg, Rosa (1911). Der Massenstreik vor dem Reichstag, in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke. Band 7/2: 1907 bis 1918, Berlin: Karl Dietz Verlag, 707–711

Luxemburg, Rosa (1911). Wieder Masse und Führer, in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Band 3 Juli 1911 bis Juli 1914, Berlin: Dietz Verlag, 37–42

Luxemburg, Rosa (1913). Das belgische Experiment, in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Band 3 Juli 1911 bis Juli 1914, Berlin: Dietz Verlag, 195–207

Luxemburg, Rosa (1913). Der politische Massenstreik, in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Band 3 Juli 1911 bis Juli 1914, Berlin: Dietz Verlag, 259–266 (engl. <https://www.marxists.org/archive/luxemburg/1913/07/22.htm>)

Luxemburg, Rosa (1913). Das Offiziösentum in der Theorie, in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke Band 3 Juli 1911 bis Juli 1914, Berlin: Dietz Verlag, 300–321

Lutz Brangsch/Juli 2021

[Vorwort für eine Ausgabe der beiden Schriften in Sprachen der Region auf Bestellung des Projektmanagements Südasien der RLS]